

NEWSLETTER

POLITIK AUF DEN PUNKT GEBRACHT.

Ausgabe vom 20. Januar 2023



Inhalt

Leitantrag der
Woche

Weitere Initiativen
der Sitzungswoche

Öffentliche
Anhörung zum
Tierwohllabel

Terminrückschau

Terminvorschau

CDU

Liebe Leserinnen und Leser,

ich hoffe, Sie sind gut und gesund in das neue Jahr gestartet. In der ersten Sitzungswoche hat uns Abgeordnete insbesondere die in den letzten Wochen verschlechterte Versorgung mit Arzneimitteln, der Wechsel im Bundesverteidigungsministerium von Christine Lambrecht zu Boris Pistorius, die Haltung von Deutschland im Ukrainekrieg sowie die Nachwirkungen der Silvesternacht und die Angriffe auf Polizei- und Rettungskräfte beschäftigt.

Zudem haben diese Woche erste Gespräche mit den Ampel-Fraktionen zur Wahlrechtsreform stattgefunden. Seitens der Koalition besteht bisher leider keine Bereitschaft, über den Vorschlag der CDU/CSU-Fraktion für ein echtes Zwei-Stimmen-Wahlrecht zu beraten. Trotzdem suchen wir weiter nach Lösungen, um das Ziel einer deutlichen Verkleinerung des Bundestags zu erreichen. Wir haben der Ampel daher einen Kompromiss unterbreitet und stehen weiterhin zu Gesprächen bereit. Der Vorschlag, nach welchem es in zahlreichen Wahlkreisen künftig keine direkt gewählten Abgeordneten mehr geben würde, ist für uns nicht akzeptabel. Die Bürgerstimme muss erhalten bleiben und gleichzeitig die Größe des Bundestags zugleich spürbar reduziert werden.

Gestartet ist in Berlin außerdem die Internationale Grüne Woche, die weltweit größte Messe für Landwirtschaft, Ernährung und Gartenbau. Eine gesunde und ausgewogene Ernährung, deren Preise für den Verbraucher bezahlbar sind und gleichzeitig den Landwirtinnen und Landwirten auskömmliche Einnahmen garantiert, stehen hier im Vordergrund. Ich werde einige Tage auf der Grünen Woche mit verschiedensten Unternehmen und Verbänden Gespräche führen und freue mich, im Austausch zu erfahren was die Branche aktuell beschäftigt.

Hermann Färber
Ihr Hermann Färber MdB



Leitantrag der Woche

Beschaffungsgipfel einberufen – Versorgungssicherheit für Patientinnen und Patienten mit Arzneimitteln gewährleisten

Die Versorgungslage mit Medikamenten hat sich in den letzten Wochen massiv verschlechtert. Fiebersäfte, Antibiotika, Insulin oder Krebsmedikamente sind flächendeckend kaum noch erhältlich oder nur mit hohem Aufwand zu bekommen. Ursache für die Lieferengpässe ist insbesondere die Produktionsverlagerung und -konzentration von Arzneimitteln oder deren Grundstoffen in asiatische Länder.

Bereits in der vergangenen Legislatur hat die Union Maßnahmen ergriffen, um die Versorgungssicherheit zu erhöhen. Statt hier anzusetzen, hat die Ampel den Apothekerinnen und Apothekern sowie der pharmazeutischen Industrie im GKV-Stabilisierungsgesetz weitere Belastungen auferlegt. Diese Belastungen verschärfen die Situation. Der Bundesgesundheitsminister kündigt lediglich langfristige Regelungen an.

Wir brauchen jedoch jetzt Lösungsansätze und fordern daher von der Bundesregierung in unserem Leitantrag der Woche:

- einen Beschaffungsgipfel, der sich mit der kurz- und mittelfristigen Beschaffung und Verfügbarkeit von lebenswichtigen Arzneimitteln befasst,
- ein nationales Frühwarnsystem bezüglich möglicher Lieferengpässe mit entsprechender Datenbank,
- die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass wichtige Arzneimittel wieder primär in Europa produziert und Reserven aufgebaut werden (auch bei Apotheken und Großhändlern).

Weitere Themen der Sitzungswoche

Ukraine durch die Lieferung von Kampfpanzern unterstützen

Der Beginn des Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine jährt sich bald zum ersten Mal. Russland ist es noch immer nicht gelungen, die Ukraine zu unterwerfen. Daran haben westliche Waffenlieferungen einen entscheidenden Anteil. Wenn die Ukraine weiter gegen die russische Aggression bestehen soll und um die besetzten Gebiete zu befreien, benötigt sie weitere Unterstützung in Form wirtschaftlicher, humanitärer und militärischer Hilfen.

Um der Ukraine die Möglichkeit einer mobilen und anpassungsfähigen Verteidigungsstrategie zu geben, sind neben Systemen zur Luftverteidigung und weitreichender Artillerie auch Kampfpanzer westlicher Bauart notwendig. Dies ist auch weitreichender Konsens unter unseren Alliierten. Deutschland steht auf der Bremse und versteckt sich hinter angeblicher Besonnenheit. Deutschland sollte sich den Entscheidungen aus Frankreich und Großbritannien anschließen und zu diesem Zweck Kampfpanzer moderner Bauart einsatzfähig machen, um sie zügig liefern zu können – in erster Linie weit über 100 Panzer vom Typ LEOPARD 1, die sich im Bestand der Industrie befinden. Es ist dringend notwendig, die Firmen mit der Wiederherstellung der vollen Einsatzbereitschaft dieser Panzer zu beauftragen und mit allen Beteiligten Fragen der Ausbildung ukrainischer Besatzungen sowie der logistischen Unterstützung mit Ersatzteilen und Munition zu klären.



Bildquelle: Canva.

Öffentliche Anhörung zum Tierhaltungskennzeichnungsgesetz

Am Montag fand im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft eine Öffentliche Anhörung zum Thema Tierhaltungskennzeichnung statt. Übereinstimmend kamen die Sachverständigen zu dem Schluss, dass das Gesetzesvorhaben der Bundesregierung in dem vorliegenden Entwurf, der Ende Dezember in erster Lesung im Bundestag debattiert wurde, noch großer Änderungen bedarf. Allgemeines Fazit: Es verbessere weder die Lebensbedingungen der Nutztiere, noch werde der Verbraucherschutz und die Transparenz erhöht.

Tatsache ist, dass der Gesetzesentwurf Bereiche ausspart, die für das Tierwohl eigentlich wesentlich sind:

- Es umfasst vorerst nur frisches, unverarbeitetes Fleisch
- Fertiggerichte, Gastronomie und Außer-Haus-Verpflegung müssen nicht gekennzeichnet werden
- Es betrifft nur Fleisch aus Deutschland
- Ein großer Bereich der Schweinehaltung bleibt zudem vorerst von der Haltungskennzeichnung ausgeschlossen: Von der Geburt des Ferkels bis zum Eintritt in die Mast.

Verarbeitetes Fleisch, die Bereiche Ferkel, Transport und Schlachtung sowie andere Tierarten sollen nach Aussagen der Ampel-Koalition dann Stück für Stück dazukommen. Das vorliegende Tierhaltungskennzeichnungsgesetz regelt daher nur die Bestimmungen für die Mastphase eines Schweines.

Die Experten verwiesen außerdem auf den Abschlussbericht des Kompetenznetzwerkes Nutztierhaltung (Borchert-Kommission), das bereits vor drei Jahren ein Gesamtkonzept für die Weiterentwicklung der Tierhaltung in Deutschland vorgelegt hat. Das ist auch für mich die wichtigste Erkenntnis, denn neben der Haltungskennzeichnung selbst braucht es weitere Schritte, um mehr Tierwohl überhaupt grundsätzlich möglich zu machen: Rahmenbedingungen sind der Stallumbau und die Finanzierung.

Dieses Thema ist meiner Ansicht nach die größte Schwäche der Ampel, denn es bleibt völlig unklar, wie dieses wichtige Vorhaben langfristig finanziert werden soll. Für den Umbau von Ställen gibt es zwar Investitionsförderung – eine Milliarde Euro ist für die kommenden drei Jahre im Haushalt des Landwirtschaftsministeriums vorgesehen. Die von der Borchert-Kommission errechneten Kosten/das Kompetenznetzwerk Nutztierhaltung schätzt den Förderbedarf des geplanten Umbaus für alle Tierarten 2030 auf 2,4 Milliarden Euro. Jährlich.

Botschaftstermine

Diese Sitzungswoche hatte ich gleich drei Termine mit verschiedenen ausländischen Botschaftern und Ministern. So traf ich den kenianischen Minister für Landwirtschaft, Herrn Franklin Mithika Linturi, mit dem ich ein produktives Gespräch zu den Verpflichtungen aus COP27, über Entwicklungsprogramme und Nahrungsmittelsicherheit, sowie zu den Perspektiven unsrer Landwirtschaft und der zukünftigen Zusammenarbeit führte. Mit meinem Kollegen, Albert Stegemann MdB (CDU), traf ich den österreichischen Bundesminister für Landwirtschaft, Herrn Totschnig, und den österreichischen Botschafter, Dr. Linhart. Wir haben uns über die Zusammenarbeit auf europäischer Ebene ausgetauscht. Schließlich traf ich noch den Minister für Landwirtschaft, Wasser und Wälder des Königreichs Marokko, Herrn Prof. Mohammed Sadiki.



Schlierbach: Werksbesichtigung bei Zinkpower

Feuerverzinkereien wie zum Beispiel Zinkpower in Schlierbach haben in ihren Betriebsabläufen einen hohen Energiebedarf und –verbrauch. Die gestiegenen Energiekosten treffen derartige Betriebe in extremem Maße. Bei einer Werksbesichtigung erhielt ich Einblicke in die Abläufe vor Ort. Die Geschäftsführung schilderte mir aus erster Hand die derzeitigen Herausforderungen und Probleme. Mit dem Osterpaket der Bundesregierung haben wir uns unter anderem von einer der ältesten Energieformen verabschiedet – von der Wasserkraft. Absurd klingt es, dass mittlerweile auch Holz, eine weitere alte, nachwachsende Energieform, neuerdings von bestimmten Fachleuten als “nicht regenerative Energiequelle” eingestuft wird.

Fasnet hat begonnen

Dieses Jahr können wir im Landkreis wieder Fasnet feiern, mit viel guter Laune trübe Stimmungen vertreiben, und unsere Tradition, Brauchtum, Gemeinschaft und Heimatverbundenheit pflegen. Ich finde es beeindruckend, wie viel Begeisterung, Leidenschaft und Engagement jede einzelne Narrenzunft bei uns im Kreis in die Vorbereitungen ihrer Umzüge und Sitzungen sowie die Pflege dieser Tradition stecken. Meine “5. Jahreszeit” hat bereits Anfang Januar beim Zunftmeisterempfang der 1. Göppinger Narrenzunft begonnen. Vergangene Woche war ich bei der ersten Prunksitzung in Donzdorf und freue mich schon jetzt auf die nächsten Prunksitzungen und Fasnetsveranstaltungen bei uns hier im Landkreis.

Terminvorschau

20. - 29. Januar: Internationale Grüne Woche (IGW) in Berlin
23. Januar: Bioenergieabend und Bundeslandjugendball in Berlin
24. Januar: Gespräch mit der irischen Ministerin für ländliche Entwicklung, Heather Humphreys
26. Januar: Empfang des Landwirtschaftsministers Özdemir auf der IGW
30. Januar: Ökumenischer Strategietag zur Entwicklungszusammenarbeit in Stuttgart
31. Januar: Neujahrsempfang Polizeipräsidium Einsatz in Göppingen
02. Februar: Claas-Forum in Harsewinkel
04. Februar: Sitzung des Landesfachausschusses Ländlicher Raum und Prunksitzung in Wiesensteig

Links

Zu meiner Homepage gelangen Sie hier: www.hermann-faerber.de

Pressemitteilungen

Die aktuellen Pressemitteilungen finden Sie ebenfalls auf meiner Homepage.

Kontakt

Wahlkreisbüro
Heidenheimer Straße 68, 73079 Sülzen
Telefon: 07162 3057057

Berliner Büro
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030 22 77 36 58

Email: hermann.faerber@bundestag.de